

Allgemeiner Anzeiger

Gegründet
1880 als „Halversche Zeitung“

Das Sauerland

Gegründet
1901 als „Allgemeiner Anzeiger“

Verständigungsblatt amtlicher Anzeigen für die Gemeinden Halver, Schalksmühle, Breckerfeld, Rierspe, Königsal u. das Amt Lüdenscheid

Ersteinst verkündet. Monatlicher Verkaufspreis durch die Post 1,80 RM. (einschl. 30 Pfg. Postgebühr u. 20 Pfg. Anzeigengebühr, durch die Post 1,80 RM. einschl. Postgebühr. Abnehmer in unseren Geschäftsteilen und an der Post 1,50 RM. einschl. Anzeigengebühr. 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg., Millimetergröße im Text 30 Pfg. Nachschlage-Artikel 3 Pfg. für die Zeile 30 Pfg. und Vortr.

Ercheinungsort Halver i. B.
Geschäftszeit: 7-1 Uhr, 3-6.30 Uhr
Fernsprecher 410

Geschäftsstellen: Hauptgeschäftsstelle Halver, Bahnhofstraße 2.
Zweigstelle Halver, Kirchstraße 5, Wilhelm Sell jr. — Schalksmühle:
Germann Völpel — Oberbagger: Robert Wölpel — Rierspe:
Bahnhof: Fritz Becker — Rierspe: Fritz Schärer — Breckerfeld: Emil Krüger.

Nr 43

Montag den 21. Februar 1933

3. Jahrgang

Aufrüttelnder Appell des Führers an die Welt

Widerlegung ausländischer Gerüchte über Gegensätze zwischen Partei und Wehrmacht — Gewaltige Zahlen kündigen vom Aufbau des Reiches — Deutschlands Anspruch auf seine ehemaligen Kolonien — Niemals kehrt Deutschland nach Genf zurück — Deutschland erkennt Mandatskult an — Keine territorialen Interessen in Ostasien — Sowjetische Brutzentrale Moskau — Die Achse Berlin—Rom

Berlin, 20. Febr. Die ganze Welt hatte am Sonntag ihren Blick und ihr Ohr auf Deutschland gerichtet. Auf einer denkwürdigen Tagung des Deutschen Reichstages gab der Führer und Reichkanzler die mit höchster Spannung erwartete weltpolitisch bedeutsame Erklärung der Reichsregierung ab. In aller Welt war in dieser Stunde ein Aufbegehren auf die große Rede Adolf Hitlers, die durch die Aetherwellen in viele Länder der Erde getragen wurde. Das ganze deutsche Volk erlebte diese geschichtliche Stunde am Rundfunk mit. Damit wurde die Tagung des Deutschen Reichstages zu einer einzigartigen Feierstunde der gesamten Nation.

Von der Krolloper wehen die Banner des Dritten Reiches. Über dem mit frischem Tannengrün umkleideten Eingang erhebt sich ein leuchtendes Fahnenrondell. Ein mächtiges Goldgewölbe umschließt das Foyer, von dessen Höhe herab die Halbescheit des neuen Deutschlands grüßen.

Der Sitzungssaal bietet ein glänzendes, würdiges Bild. Reichsbühnenbildner Professor Benno von Arx hat ihm eine neue feierliche Form gegeben. Der ganze Hintergrund der Regierungstrümpfe ist hellblau bespannt und leuchtet einer Sonne gleich in den Saal. Auf ihm breitet ein mächtiger Adler des Hohenstaufens kraftvoll seine Schwingen. Zu beiden Seiten der Tribüne zeigt die Wandbekleidung große Halbescheit auf terrakottafarbenem Samt, eine Farbgebung, die sich wirkungsvoll der purpurfarbenen Gesamteinrichtung des Saales anpaßt.

12.45 Uhr: Der Sitzungssaal ist fast vollständig besetzt. Die Mehrzahl der Abgeordneten

trägt die Uniform der Bewegung; es sind zu einem großen Teil Männer von Partei und Staat. 741 Plätze zählt dieser untere Teil des Sitzungssaales, genau der Zahl der Abgeordneten entsprechend. Auf den Gesichtern der Abgeordneten liegt Spannung. Gedämpfte Unterhaltung erfüllt noch den Raum. Auch der Rang ist dicht besetzt. Hier hat auch die Presse ihre Plätze, unter der allein die ausländischen Zeitungen mit über 100 Vertretern vertreten sind. In der Mittelloge wohnt das diplomatische Korps fast vollständig der bedeutungsvollen Tagung bei. Der obere Rang ist einer großen Zahl von Zuhörern vorbehalten, die in den glücklichen Besitz von Karten gelangten. Aller Augen richten sich auf die Regierungstrümpfe, die sich ebenfalls zu füllen beginnt.

Hermann Göring eröffnet

Zu Beginn der Sitzung des Reichstages führte Reichstagspräsident Generalfeldmarschall Göring aus:

„Die Sitzung ist eröffnet! Meine Herren Abgeordneten! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir derjenigen gedenken, die seit der letzten Reichstagsitzung verstorben sind. Wir gedenken der Abgeordneten Hoenescher, Kumpel, Haldinghausen, Schmidt-Augsburg und Klauß.“

Sie haben sich zum ehrenden Andenken der Verstorbenen von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Das Wort hat jetzt der Führer und Reichkanzler!

Der Führer spricht vor dem Reichstag

Meine Abgeordneten!

Männer des Deutschen Reichstages!

Ich weiß, daß Sie und mit Ihnen das deutsche Volk es erwarteten, zur Feier des fünften Jahrestages unserer Machtübernahme zusammenberufen zu werden, um als die gewählten Vertreter des Reiches mit mir diesen für uns Nationalsozialisten erinnerungswürdigen Beginn eines neuen geschichtlichen Aufstieges unseres Volkes zu feiern.

Die Festlegung der Einberufung des Reichstages auf den heutigen Tag erklärt sich aus zwei Gründen:

Erstens hielt ich es für richtig, eine Reihe von sonderbaren Veränderungen nicht vor, sondern nach dem 30. Januar vorzunehmen, und zweitens schien es mir nötig, auf einem bestimmten Gebiet unserer auswärtigen Beziehungen vorher noch eine dringende notwendige Klärung herbeizuführen.

Denn Sie erwarten es alle mit Recht, daß an einem solchen Tage nicht nur ein Rückblick in die Vergangenheit, sondern auch ein Ausblick in die Zukunft gegeben wird.

Beides soll denn auch Aufgabe und Inhalt meiner heutigen Rede zu Ihnen sein.

Als ich am 30. Januar vor fünf Jahren der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg um die Mittagsstunde mit der Kanzlerschaft und damit mit der Führung des Reiches betraute, war in den Augen von uns Nationalsozialisten eine Wende des deutschen Schicksals angebrochen.

Unseren Gegnern erschien dieser Vorgang vielleicht gleich den zahlreichen ähnlichen anderen, in denen ebenfalls ein Mann zum Reichkanzler ernannt worden war, der dann wenige Wochen oder Monate später seinem ungeduldeten Nachfolger Platz machen mußte!

Was wir Nationalsozialisten als eine geschichtliche Stunde von einmaliger Bedeutung erlebten, erschien diesen anderen daher nur als zeitlich begrenzte Ablösung vorübergehender Erscheinungen.

Wer hat nun, meine Abgeordneten Männer, die Bedeutung dieser Stunde richtig erkannt?

Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Ermächtigten uns die Ergebnisse dieser Zeit, ein Urteil abzugeben über die politische Bedeutung der damaligen Stunde oder sind sie nur eine Bestätigung jener Auffassung unserer Gegner, die damals meinten, die Unzahl bisheriger deutscher Reichskabinetts sei durch ein weiteres vermehrt zu werden?

Wenn es im deutschen Volke keine andere Einstellung gäbe, dann würde wenigstens über einen geschichtlichen Vorgang heute nur eine Meinung vorhanden sein. Auch unsere Gegner von damals, die werden es kaum mehr bestritten:

Der Tag, an dem ich als Chef der größten deutschen Oppositionspartei in das Haus am Wilhelmplatz ging und als Führer und Kanzler der Nation heraustrat, war ein Wendetag in der Geschichte unseres Volkes, damals, jetzt und für alle Zeiten.

Alle sind sich darüber im klaren:

Der 30. Januar 1933 wurde zum Abschluß einer Zeit und zum Beginn einer neuen. So unbestritten, in selbstverständlicher Weise Tatsache, daß man schon jetzt von einer deutschen Geschichte vor der Machtübernahme und einer solchen nach der Machtübernahme spricht.

Es ist nicht meine Absicht, Ihnen, meine Abgeordneten, heute ein Bild des aktuellen Zustandes der Zeit vor der Machtübernahme zu entwerfen. Sie ist dem erwachsenen Zeitgenossen noch lebhaft in Erinnerung, die heranwachsende Jugend aber würde auch trotz einer solchen Schilderung das damalige Deutschland kaum begreifen. Nur wenige allgemeine Ausführungen will ich zur Kennzeichnung dieser ausrichtungsreichen tragischen Epoche der Geschichte unseres Volkes machen.

Nach dem Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches und infolgedessen Preußens zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts erschien, von dem Münchener Buchhändler Pauli herausgegeben, eine eindringliche und bemerkenswerte Schrift: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung.“

Das kleine Heft hatte einst so aufrüttelnd in deutschen Landen gewirkt, daß sich Napoleon entschloß, den Verfasser oder zumindest Herausgeber erschlagen zu lassen. Nach dem Abklingen des großen Völkergeschicks verfielen Buch und Verfasser mehr oder weniger einer förmlichen Vergessenheit. Ein neues deutsches Reich war entstanden. Siegmund woben flatterten seine Fahnen über zahlreiche Felder der Ehre und des Ruhmes! Als ferne Erinnerung verblieb der große Befreiungskrieg gegenüber den trübenden Taten einer so großen und selbstbewußten Gegenwart.

Und dann kam am Ende eines gewaltigen und heroischen Ringens jener unfähige Zusammenbruch, der nun mit einem Schlage das vor über hundert Jahren in der tiefsten Not des Vaterlandes geschriebene Werk aus unserer Zeit verdrängte: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung.“ Wir haben den erschütternden Inhalt dieses Bekenntnisses seit dem November 1918 alle selbst erlebt.

Unterhalb Jahrzehnte lang lag über unserem Volk jene dumpfe Bedrückung der Folgen des größten Zusammenbruchs in unserer Geschichte. Nicht des Zusammenbruchs unseres Heeres und auch nicht desjenigen unserer Wirtschaft, sondern des Zusammenbruchs unserer Haltung, unserer

Chöre und unseres Stolzes, und damit endlich unserer Freiheit.

15 Jahre lang waren wir das willen- und hilflose Objekt einer internationalen Vergewaltigung, die, während sie im Namen demokratischer Ideale von Humanität rebete, die unbarmherzigste Zucht eines wahrhaft sadistischen Egoismus auf unser Volk niederlagte.

In dieser Zeit unserer Erniedrigung und unserer Not begann sich der forschende Geist mit den Ursachen dieses Geschehens zu beschäftigen.

Aus tausend Vorgängen der Vergangenheit und Gegenwart bildete sich langsam eine bestimmte Einsicht.

Wissen und Glaubensgut

Was im Reichum der Friedensjahre vielleicht als unnötig verachtet oder zumindest mißverstanden worden wäre, wurde nun im Zuge der Not aus Erkenntnissen zum Wissen und damit zum Glaubensgut zahlreicher besser Deutscher. Eine tiefere Prüfung der Grundlagen unseres geistlichen Seins, der Gesetze unserer Entwicklung und unserer Entwicklung, der Ursachen unseres Aufstieges und unseres Verfalls und damit der Voraussetzungen für eine neue deutsche Erhebung setzte ein.

Es kam zur Scheidung der Geister in unserem Volke. Denn wie immer sog der politische Zusammenbruch einen wirtschaftlichen nach sich. Indem aber der nur wirtschaftlich orientierte Bürger in ihm das Wesen unseres Unglücks an sich sah, entfernte er sich immer mehr von jenen Kämpfern, die über die wirtschaftliche Not hinweg die größere politische und moralische empfanden.

Aus ihren Reihen aber allein konnte die Rettung Deutschlands kommen. Sie hielten einer beschränkten bürgerlichen Parole der Staatsrettung durch die Wirtschaft die Staats- und Wirtschaftsrettung durch die innere und äußere Erhebung des Volkes entgegen.

Vielleicht zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands fiel in dieser Zeit der Blick lebender Deutscher nicht mehr auf den Staat oder gar auf die Wirtschaft als die wesentlichsten Erscheinungen und Funktionen menschlichen Daseins, sondern auf das Sein und Wesen der ewigen Substanz, die der Träger des Staates und damit selbstverständlich der Wirtschaft ist.

Über die politischen und wirtschaftlichen Ideale vergangener Zeiten erhob sich damit bestimmend ein neues: das politische.

Zum erstenmal ergab sich nun die Voraussetzung für eine wahrhaft unabhängige souveräne Prüfung der wirklichen Ursachen unseres Verfalls sowohl als auch des tatsächlichen Zustandes unserer Lage.

Alle jene Bindungen, die in früheren Zeiten den sicheren Blick in die nationalen Notwendigkeiten zu trüben, zu verwirren und zu lähmen vermochten, verloren von jetzt ab ihren Einfluß und damit ihre Bedeutung. Donatistische, konfessionelle, parteimäßige sowohl als staatsformalistische Verhüllungen verblieben angehängt der Erkenntnis des Wesens der blutbestimmenden und blutgebundenen Substanz als den Trägern alles politischen Lebens.

Was auch im einzelnen als letzte äußerliche Ursache des Zusammenbruchs gelten könnte, das unbestrittene Verhängen der obersten Führung besonders in der Stunde der größten Not, und damit härteste Anforderungen, die erhellende Schwäche der inneren Organisation unseres staatslichen Lebens, die feilenlose Verbürokratisierung unserer Verwaltung, der behauptete Zusammenbruch der Nerven einzelner Männer oder die wahnsinnige Verblendung breiter Massen, es trat dies alles zurück gegenüber der tieferen Erkenntnis, daß diese Schwächen höchstens äußere Symptome waren. Denn ihnen stand gegenüber die erschütternde Tatsache, daß

1. das deutsche Volk als solches überhaupt unfertig und das

2. auch kein Staat unvollendet geblieben waren.

Während sich Bismarck mühte, aus deutschen Stämmen und Ländern ein Reich zu formen, verfiel das tragende Staatsvolk in Klassen und damit am Ende wieder in die großen Grundelemente seiner Volkwerdung.

Während sich über die deutschen Stämme eine theoretische Reichsgewalt erhob, wurde diese selbst der Bützel von örtlichen, klassen- oder konfessionsbedingten Interessengruppen.

So böse war dieser innere Verfall, daß in der Zeit der größten Gefährdung des Reiches als staatslich und klassenmäßig sowohl wie konfessionell gebundene Auffassungen ganz offen der Gedanke propagiert werden konnte, für die Nation und das Reich wäre die Niederlage ein größeres Glück als der Sieg.

Eine überalterte, wohl äußerlich und gesellschaftlich oft hochgezüchtete, aber blut- und volksmäßig entwurzelte Führerschaft fand weder die Einsicht noch die Kraft, einem solchen Verrat mit der notwendigen harten Entschlossenheit entgegenzutreten.

1933 vor dem Chaos

Ihr konntet es deshalb auch nicht mehr gelingen, die Ergebnisse der Folgen dieser ihrer eigenen Schwächen wieder zu beseitigen!

Es erscheint mir deshalb doch notwendig, am heutigen Tage dem deutschen Volke eine Tatsache wieder in Erinnerung zu bringen: Als ich am 30. Januar 1933 die Reichskanzlei betrat, war ich nicht der erste, der berufen wurde, das deutsche Volk zu retten, sondern der letzte. Das heißt: Nach mir befand sich niemand mehr, als höchstens das Chaos! (Stürmischer Beifall.)

Denn vor mir hatten sich alle jene schon erprobt, die sich seit Jahrzehnten als berufen erklärten, Führer und Retter des deutschen Volkes zu sein. Und nicht einmal, sondern zwei- und dreimal und noch öfter durften sich die Träger dieser Parteien infolge des geringen Erinnerungsvermögens des Volkes immer von neuem als Kanzler und Minister zur Rettung aus einer Lage anpreisen, die sie selbst verschuldet hatten. Sozialdemokraten und Zentrumsführer lösten einander in fortgesetztem Wechsel ab. Liberale und demokratische Politiker leisteten Hilfsdienste, bürgerliche Reform- und Wirtschaftsparteien beteiligten sich ebenso an diesen parlamentarischen Rettungsaktionen wie die Vertreter sogenannter „Rechtstreue“. Bis zu dem Tag, da General von Schleicher die Reichskanzlei verließ, hatten alle sogenannten „Prominenten“ unserer marxistischen, Zentrums- und bürgerlichen Parteien das deutsche Leid theoretisch beklamt und durch ihre Regierungstätigkeit praktisch vergrößert.

Nach den Regeln der so oft gepriesenen parlamentarischen Demokratie hätte die nationalsozialistische Partei schon im Jahre 1930 zur Regierung herangezogen werden müssen. Allein in-

folge der inneren Verlogenheit dieser demokratischen Parteienwelt war es begreiflich, daß man der Bewegung dieses Recht und der deutschen Nation damit die Rettung bis zur letzten Stunde vorenthielt.

Als mir dann endlich doch die Führung des Reiches gegeben wurde, gelang es zu einem Zeitpunkt, da aber auch der allerletzte Versuch einer andersgearteten Rettung des Reiches mißlungen und die Partei als einziger denkbarer Faktor für eine solche Aufgabe allein noch übriggeblieben war.

Dieses überlange Zögern hatte allerdings einen erst später erkennbaren Nutzen für die Regierung und damit für Deutschland mit sich gebracht. Denn in den 15 Jahren des Kampfes um die Macht inmitten einer fortgesetzten Verfolgung und Unterdrückung durch unsere Gegner wuchs nicht nur die innere sittliche Kraft der Partei, sondern damit auch vor allem ihre äußere Widerstandsfähigkeit.

Dadurch gelang es uns, im Laufe von anderthalb Jahrzehnten, aus kleinsten Anfängen beginnend, eine politische Organisation aufzubauen, wie Deutschland bis dahin etwas Ähnliches noch nicht gesehen hatte. Dadurch wurde es aber auch mir erst möglich, die Ergebnisse des durch den jahrelangen Kampf bedingten Ausleseprozesses in der Besetzung der leitenden Stellen der Partei zu berücksichtigen.

Und damit konnte der Nationalsozialismus an die Machtübernahme schreiten nicht nur als festgestellte Organisation, sondern auch als ein reiches Reservoir befähigter Persönlichkeiten. Was mich in den Jahren des Kampfes und auch heute so oft mit aufrichtiger Zufrieden-

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht des Reichswetterdienstes, Ausgabe Ost- und Westfalen, auf Grund der Wetterlage vom 20. Februar, 10 Uhr.

Freundliches Wochenende.

Das kräftige Hoch im Nordwesten Europas hat sein Schwergewicht weiter nach Norden verlagert. Sein Kern liegt nun über Island, während um seine Randgebiete Störungen gesteuert werden, die infolge der günstigen Lage des Hochs uns nur vorübergehend etwas Bewölkungszunahme und stärkeren Frühnebel bringen werden.

Aussichten für das Industriegebiet, Münster- und Sauerland:

Montag, den 21. Februar: Um Ostschwänke Winde, leichter Nachtfrost und tagsüber freundlich. Trocken. Wenig geänderte Temperaturen.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Noch überwiegend freundlich.

Halber

Zu einer Schulungsstagnung

Kamen gestern morgen die Politischen Leiter der Ortsgruppe Halber der NSDAP. im Zeichenaal der Ostschule zusammen. Sie wurde eröffnet mit einer Feierstunde durch den Ortsgruppenleiter Pq. Scharf, der anlässlich des Todesjahres Horst Wessels am 23. Februar diesem ein sinnvolles Gedenken weihete, indem er dessen Schöpfung, das Horst-Wessel-Lied, zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen machte. Organisationsleiter R. Piepenstock machte sodann verschiedene Mitteilungen interner Natur. Ihren Abschluss fand die Tagung mit einer großen Rede des Parteigenossen Schulte aus Lützen über „Nationalsozialistische Wirtschaft und Sozialpolitik“.

Zum praktischen Wettkampf

traten am Samstag morgen die Werkzeugmacher, Maschinenführer, Dreher, Elektro-Instrumentalisten und die Hilfsarbeiter, Leistungsstufe 10 an; letztere erledigten auch während des Nachmittags in den Räumen der Ostschule ihren theoretischen Wettkampf. Ebenfalls jühten ihren praktischen Wettkampf am Samstag morgen die Teilnehmer der Gruppe Holz unter Aufsicht des Wettkampfleiters Witzgenburg in der Werkstatt der Firma Gebr. Karthaus aus. Auch am gestrigen Sonntag morgen waren die Werkzeugmacher, Maschinenführer, Dreher und Elektro-Instrumentalisten in der Ostschule Halber zum theoretischen Wettkampf zusammengekommen. — Wie wir hören ist alles programmäßig verlaufen.

Der Wettkampf der Gruppe Handel einschließlich Einzelhandel und Handelsreisende (Rader, Raderinnen usw.) ist auf Dienstag, den 22. Februar angelegt. Die Wettkämpfer versammeln sich um 7.45 Uhr im Zeichenaal der evangel. Volkshochschule. Jeder bringt einen Federhalter oder Tintenflask, sowie Bleistift und Gummi mit. Zur Ausführung ihrer hauswirtschaftlichen Aufgaben benötigen die Mädel ferner:

Leistungsstufe 1, Jahrgang 1922-23: Ein beschädigtes Küchenhandtuch oder Wäschezeug (nicht neu) und weißen Stopfputz.

Leistungsstufe 2, Jahrgang 1920-21: Bleistift und Radiergummi.

Leistungsstufe 3, Jahrgang 1916-19: Bleistift und Radiergummi.

Leistungsstufe 4: Jahrgang 1912-15: Beschädigtes Wäschezeug aus Seidentrifol oder ein Stück Seidentrifol und entsprechendes Stopfgarn.

Der Frost der vergangenen Tage hat den von der Sonne wässrig gewordenen Schnee inzwischen wieder derart vereist und verkrustet, daß erneute Hemmnisse für den Verkehr auf den Straßen eingetreten sind. Schmale, verkrustete Schneepisten erschweren besonders den Autoverkehr, und so war es denn auch kein Wunder, daß dieser sich in entsprechender Weise auswirkte. Auch die Glätte auf den Straßen hielt viele Fahrer ab, die gewohnte Sonntagsstour zu unternehmen.

Erstliche Verspätung hatte gestern Abend der Gattin von Wupper Sieg, der auf der Fahrt zwischen Lützen und Halber einen Motorwagen erlitt. Bei der Haltestelle Böhle-Gichholz blieb der Wagen liegen und ein Ersatzwagen aus Wipperfurth mußte kommen, der die weitere Beförderung der Reisenden vornahm. Der Gegenverkehr in Richtung Wipperfurth-Halber-Lützen wurde auch in Mitleidenhaft gezogen und hatte einige Zeit Verspätung. — Wie wir hören, kam auch der letzte Abendzug mit einstufiger Verspätung hier an. Ein Maschinenbesitzer des Anschlußzuges Hagen-Lützen soll die Ursache gewesen sein.

Der große heitere und bunte Abend

den der MGV „Arion“ am gestrigen Sonntagabend im Saale der Ostschule veranstaltete, hatte recht viel Einwohnerlichkeit angezogen, so daß sich im Laufe des Abends ein immer reger werdender Verkehr entwickelte. Wollte im Anfang auch noch nicht so recht die übermäßige Stimmung, die nun einmal zu einem Faschachtsfest gehört, aufkommen, so änderte sich das bald die Tisch- und Witzreden des rheinischen Karnevalisten Alfred vom Weindorf, der es verstand, sich eine recht dankbare Zuhörerschaft zu verschaffen. Aber vor allem waren es die vom rheinischen Karneval her auch hierorts bekannten Karnevalslieder, die Mitglieder der Kapelle Lützen unter seiner Leitung zum Besten gaben, welche jenen Fröhlichkeit und die Lebhaftigkeit der Stimmung hervorriefen, die die Lebhaftigkeit vom Urtümlichen mit sich brachten. Der „Trene Husar“ wurde schon allgemein mitgesungen und schließlich sang man auch zu schunkeln an. Der Kontakt, das gemeinschaftliche Erleben war hergestellt. Und als nun gar

Die Festsetzung der Grundhebesätze

Hierzu schreibt der Presse-Dienst des Deutschen Hausbesitzes:

Mit der am 1. April dieses Jahres erfolgten Umstellung der Grundsteuer der Länder und Gemeinden auf das Reichsgrundsteuergesetz vom 1. Dezember 1936 gelangt der zweite Teil der Realsteuerreform zum Abschluß, nachdem der erste Abschnitt, die Vereinheitlichung des Gewerbesteuerrechts, bereits am 1. April 1937 durchgeführt worden ist.

Aber erst wenn die landesrechtlichen Finanz- und Lastenausgleichsvorschriften vorliegen, ist es den Gemeinden möglich, ihre Haushaltsführung für das Rechnungsjahr endgültig aufzustellen. Da die Hebesätze für die Realsteuer gemäß § 83 der Gemeindeordnung Bestandteil der Haushaltsführung sind, mußte daher grundsätzlich die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze noch hinausgeschoben werden. Eine Verschiebung der Grundsteueranhebung ist aber äußerst unerwünscht. Daher wird, wie der am 7. Januar 1938 ergangenen „Zweiten Ausführungsanweisung zum Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen“ entnommen werden kann, durch eine Verordnung durch das Rechnungsjahr 1938 eine Sonderregelung getroffen werden, die eine vorläufige Festsetzung der Grundsteuerhebesätze

bereits vor dem Erlaß der Haushaltsführung ermöglicht. Die angeforderte Verordnung wird auch gleichzeitig die Voraussetzungen für eine nachträgliche Senkung von Realsteuerhebesätzen schaffen.

Für den Haus- und Grundbesitz ist der Inhalt der zweiten Ausführungsanweisung zum Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen, im folgenden kurz „Zweite Ausführungsanweisung“ genannt, im Hinblick auf die Gemeinden darin gegebenen

Nichtlinien für die Bemessung der Grundsteuerhebesätze

Zwecks Berechnung des Hebesatzes für 1938 mußte zunächst einmal festgestellt werden, welches Steuerankommen sich unter Zugrundelegung der bisherigen landesrechtlichen Grundsteuervorschriften und der bisherigen Grundsteuerveranschlagungen ergäbe. Da dieses Verfahren immerhin ziemlich umständlich ist, wird vorgeschrieben, daß als zulässiges Ankommen für 1938

das Sollankommen an eigentlicher Grundsteuer, das in der Gemeinde insgesamt für Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1937 ohne Rücksicht auf später eingetretene Ausfälle festgestellt worden ist, angesehen werden soll. Dies ist das sogenannte „nicht berichtigte Grundsteuerveranschlagungssoll“, dem das nicht berichtigte Veranschlagungssoll aus den Sondersteuern, die ab 1. April 1938 mit in die Grundsteuer einbezogen werden, hinzuzurechnen ist. Dabei sind die Sondersteuerbeträge, die auf den mittleren und neuesten Neubausatz nach dem Stande vom 31. März 1938 entfallen, auszuscheiden, weil die Sondersteuerbeträge dieser Gruppe des Neu-

bausatzes bekanntlich in der bisherigen Höhe erstarren. Im übrigen ergibt sich aus der Neuordnung der Besteuerung des älteren Neubausatzes im Rechnungsjahr 1938 in der Regel ein Grundsteuermehraufkommen für die Gemeinden, da die Steuerbefreiungen des älteren Neubausatzes durch § 58 der Grundsteuerdurchführungsverordnung vom 1. Juli 1937 eine Einschränkung erfahren. Dieses Mehraufkommen soll bei der Ermittlung des Hebesatzes aber außer Anschlag bleiben. Dafür soll andererseits auch das Steuerankommen des neuesten Neubausatzes, das in dem nicht berichtigten Veranschlagungssoll für das Rechnungsjahr 1937 mit enthalten ist, nicht abgezogen werden, obwohl die Besteuerung dieser Gruppe des Neubausatzes ja vorläufig noch nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Reichsgrundsteuergesetzes erfolgt. Für den neuesten Neubausatz ist die Grundsteuer bekanntlich für die Dauer der laufenden Steuerbefreiungsfrist nach dem Stande vom 31. März 1938 weiter zu entrichten. Die in der Regel unterbleibenden Zu- und Abhebungen dieser Steuerbeträge des älteren und neuesten Neubausatzes sollen jedoch ausnahmsweise in den Gemeinden vorgenommen werden, in denen die beiden Beträge erheblich sind. Dies kann in den Fällen angenommen werden, in denen bei früherer weitgehender Befreiung des älteren Neubausatzes im Rechnungsjahr 1938 ein sehr erhebliches Mehraufkommen aus dem älteren Neubausatz zu erwarten ist, soweit gleichzeitig in der Gemeinde der neueste Neubausatz nur in sehr geringem Umfange vertreten ist.

Eine Steuerverlagerung von der Grundsteuer zur Gewerbesteuer ergibt sich aus der Behandlung gewisser Betriebsvorrichtungen im Reichssteuergesetz. Gewerbliche Anlagen bestimmter Art sind nach den bisherigen Grundsteuergesetzen der Länder als Bestandteil des Grundbesitzes hinzugeordnet und daher zur Grundsteuer veranlagt worden. In den Einheitswerten der Grundstücke, die nach dem Reichssteuergesetz auf den Stichtag des 1. Januar 1935 ermittelt worden sind, sind diese Anlagen nicht dem Grundvermögen hinzugeordnet. Sie unterliegen als Bestandteil des gewerblichen Betriebsvermögens jetzt der Gewerbesteuer. Die Unterchiede des Bewertungsrechts muß daher zwecks Vermeidung einer Doppelbesteuerung bei der Ermittlung der Hebesätze Rechnung getragen werden.

Schließlich ist eine Vereinigung des Veranschlagungssolls nach in den Gemeinden erforderlich, in denen im Veranschlagungssoll Beträge enthalten sind, die nicht eigentlich als Grundsteuerbeiträge anzusehen sind. Dazu gehören etwaige Mehrbelastungen gemäß § 3 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen, die für einen Teil des Gemeindebezirks oder für eine Gruppe von Steuergegenden als Beiträge für die Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen der Gemeinde erhoben werden können. Nicht zuletzt ist eine Vereinigung des Grundsteuervolls wegen der Zu- und Abhebungen, die sich aus dem Steueranalogie gemäß § 20 des Grundsteuergesetzes ergeben, vorzunehmen.

hausbesitzes bekanntlich in der bisherigen Höhe erstarren. Im übrigen ergibt sich aus der Neuordnung der Besteuerung des älteren Neubausatzes im Rechnungsjahr 1938 in der Regel ein Grundsteuermehraufkommen für die Gemeinden, da die Steuerbefreiungen des älteren Neubausatzes durch § 58 der Grundsteuerdurchführungsverordnung vom 1. Juli 1937 eine Einschränkung erfahren. Dieses Mehraufkommen soll bei der Ermittlung des Hebesatzes aber außer Anschlag bleiben. Dafür soll andererseits auch das Steuerankommen des neuesten Neubausatzes, das in dem nicht berichtigten Veranschlagungssoll für das Rechnungsjahr 1937 mit enthalten ist, nicht abgezogen werden, obwohl die Besteuerung dieser Gruppe des Neubausatzes ja vorläufig noch nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Reichsgrundsteuergesetzes erfolgt. Für den neuesten Neubausatz ist die Grundsteuer bekanntlich für die Dauer der laufenden Steuerbefreiungsfrist nach dem Stande vom 31. März 1938 weiter zu entrichten. Die in der Regel unterbleibenden Zu- und Abhebungen dieser Steuerbeträge des älteren und neuesten Neubausatzes sollen jedoch ausnahmsweise in den Gemeinden vorgenommen werden, in denen die beiden Beträge erheblich sind. Dies kann in den Fällen angenommen werden, in denen bei früherer weitgehender Befreiung des älteren Neubausatzes im Rechnungsjahr 1938 ein sehr erhebliches Mehraufkommen aus dem älteren Neubausatz zu erwarten ist, soweit gleichzeitig in der Gemeinde der neueste Neubausatz nur in sehr geringem Umfange vertreten ist.

Eine Steuerverlagerung von der Grundsteuer zur Gewerbesteuer ergibt sich aus der Behandlung gewisser Betriebsvorrichtungen im Reichssteuergesetz. Gewerbliche Anlagen bestimmter Art sind nach den bisherigen Grundsteuergesetzen der Länder als Bestandteil des Grundbesitzes hinzugeordnet und daher zur Grundsteuer veranlagt worden. In den Einheitswerten der Grundstücke, die nach dem Reichssteuergesetz auf den Stichtag des 1. Januar 1935 ermittelt worden sind, sind diese Anlagen nicht dem Grundvermögen hinzugeordnet. Sie unterliegen als Bestandteil des gewerblichen Betriebsvermögens jetzt der Gewerbesteuer. Die Unterchiede des Bewertungsrechts muß daher zwecks Vermeidung einer Doppelbesteuerung bei der Ermittlung der Hebesätze Rechnung getragen werden.

Schließlich ist eine Vereinigung des Veranschlagungssolls nach in den Gemeinden erforderlich, in denen im Veranschlagungssoll Beträge enthalten sind, die nicht eigentlich als Grundsteuerbeiträge anzusehen sind. Dazu gehören etwaige Mehrbelastungen gemäß § 3 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen, die für einen Teil des Gemeindebezirks oder für eine Gruppe von Steuergegenden als Beiträge für die Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen der Gemeinde erhoben werden können. Nicht zuletzt ist eine Vereinigung des Grundsteuervolls wegen der Zu- und Abhebungen, die sich aus dem Steueranalogie gemäß § 20 des Grundsteuergesetzes ergeben, vorzunehmen.

eine Verlosung fehlte nicht. Als Opa Fenge den Schußstrich unter den Abend zog, war der Zeiger der Uhr schon merklich vorgerückt. Mit herzlichen Worten sollte er allen, die zur Unterhaltung beigetragen, Dank und Anerkennung und sprach die Bitte aus, daß man auch fernerhin einig und fest in der Ortsgruppe Kaninchenzüchter zusammenstehen möge im Dienste der Volkswohlfahrt. (h.)

Musterungspflichtig: für den 4. März trafen sich im Lokal Hasbender zur Besprechung über die Ausgestaltung des Musterungssages. Man war sich von vornherein darüber einig, daß der Tag in althergebrachter Weise gemeinsam verbracht werden sollte. Zunächst wurde der Faschachtsabend gewählt. Angetreten wird morgens sieben Uhr bei Hasbender; Abmarsch zum Reichsbahnhof und von dort Abfahrt 7.45 Uhr zum Musterungsort Brügge. Erscheinen im harten Mittel ist selbstverständliche Pflicht aller Musterungssages. Trotzdem verschiedene Zeiten zur Geteilung vorgesehen, ist morgens geschäftiger Abmarsch und wird vollständige Teilnahme der Musterungspflichtigen erwartet.

Schaltmühle

Dahlebrück

Befehlswegsel. Das in der Ortsgruppe im Dahl gelegene Einfamilienhaus des Emil Rafflenbeul ging nunmehr durch Kauf in den Besitz des Otto Wiggenshagen über. Herr Rafflenbeul übernimmt zusammen mit seinem Sohne, der dort bereits anständig ist, in Eberswalde bei Berlin die Verwaltung eines Landwirtschaftsbetriebes. Die Umsiedlung beider Familien erfolgt im Laufe des Monats März. (f.)

Kameradschaftsabend der alten Soldaten. Die Soldatenkameradschaft Dahlebrück mit Schützenabteilung hatte für vergangenen Sonntagabend zu einem Kameradschaftsabend in den Gasthof Rafflenbeul, Dahlebrück, eingeladen. Kameradschaftsführer Erwald Paulmann konnte einhundert eine große Anzahl Kameraden begrüßen. Er betonte, dieser Abend sei für das ausgefallene Winterfest eingelegt worden. Da in Dahlebrück bei einem großen Winterfest infolge Fehlens einer geeigneten Halle sich immer Schwierigkeiten eingestellt, habe man in diesem Jahre von einem Winterfest Abstand genommen. Aber dieses solle sich auf die Stimmung des Abends nicht weiter auswirken. Anschließend wurden noch einige geschäft-

liche Angelegenheiten besprochen. U. a. wurde auf den Kreisverbandstag, der am 22. Mai in Lützen stattfindet, hingewiesen. Es wurde allen ans Herz gelegt, sich an diesem Verbandstag zu beteiligen. Weiter wurde bekanntgegeben, daß die Anmeldungen zum Reichskriegertag, der wiederum in Kassel stattfindet, bis zum nächsten Kameradschaftsabend gemacht werden müßten. Weiter wurde noch die Mühenfrage geregelt. Bei öffentlichen Aufmärschen dürfen in Zukunft die bisherigen Traditionsmützen nicht mehr getragen werden. Alle müssen bei solchen Gelegenheiten die Kijfjäger-Einheitsmützen tragen. Der Faschachtsabend wird natürlich die Gelegenheit des Festens bei diesem guten Besuch nicht entgehen, er konnte am Schluß seiner Sammlung einen guten Betrag feststellen. Zur musikalischen Unterhaltung hatte man den Wandoneonspieler Ronsdorf gewonnen, der sehr für die Unterhaltung beitrug. Noch recht lange blieb man im kameradschaftlichen Soßenstunde zusammen. Der nächste Kameradschaftsabend findet am 23. April statt. (t.)

Kierspe

Unsere Alten. Der Bauer Emil Berges in Wilbringhausen vollendet heute sein 81. Lebensjahr. Unsere besten Glückwünsche. (s.)

Brügge

NS-Frauenkraft — Deutsches Frauenwerk hielt im Saale des Hotels Tafche ihren monatlichen Pflichtenabend, verbunden mit einem lustigen Abend, der von allen Frauen freudig begrüßt wurde. Die Leiterin, Frau Polthaus, hielt die Begrüßungsansprache und gab ihrer Freude über das vollständige Erscheinen Ausdruck. Humorvolle Darbietungen gaben dem Abend ein sehr lustiges Gepräge und alle Anwesenden verlebten Stunden ungetrübter Fröhlichkeit. Zum Schluß nahm Frau Polthaus nochmals das Wort und so fand der Abend einen freudigen Ausklang. (v.)

MGV „Philomela“. In der Jahreshauptversammlung des MGV „Philomela“ erstattete der Vereinsführer, Walter Prior den Jahresbericht, der von einer erfolgreichen Tätigkeit Zeugnis ablegte. Für pünktlichen Chorstundenbezug erhielten die Sangesbrüder Jol. Schmidt, Gerhard Prior, Rudolf Bled und Ernst Reininghaus das Ehrenzeichen des Vereins. Außerdem wurden die Förderer Ernst Rüdels, Eugen Hejmet und Otto Gramer für 25jährige treue Unterstützung durch Ueberreichung eines Diploms geehrt. Der Zustand der Kasernenverhältnisse ist Dank der rührigen Umsicht des Kasernenführers, Sangesbrüder Dango als gesund zu bezeichnen. Am 26. 2. wird der Verein geschlossen der Einladung des Bundesvereins „Westfalia“ Balbert, zu einem Gemeinschaftsabend in der Hüttelanne Folge leisten. Die Feier des 60jährigen Jubiläums soll im September durch Veranstaltung eines Großkonzertes, durch Hinzuziehung eines aus Brügge Kindern gebildeten Chores und eines namhaften Orchesters in würdiger Weise begangen werden. Die Jubelfeier des ältesten Vereins kündigt gleichzeitig das 60-jährige Bestehen unseres aufblühenden Ortes an. (v.)

Meinerzhagen-Balbert

Menerzhagen

Der Pferdeversicherungsverein für Kierspe, Kierspe, Meinerzhagen und Balbert hielt im Gasthof Kiling seine diesjährige Generalversammlung ab, die vom Vorsitzenden August Nittinghaus, Hagenbeke eröffnet und geleitet wurde. Der Kassierer ergriff das Wort zur Rechnungsablage und zum Jahresbericht. Die Einnahmen betrugen 9546 RM., die Ausgaben 10444,82 RM., so daß am Jahresabschluß ein Kasienbestand von 7159,61 RM. zu verzeichnen ist. Entschädigt wurden 18 Pferde und 6 Ziegen. 21 Mitglieder sind im vergangenen Jahre neu eingetreten, davon in Meinerzhagen 5, in Kierspe 7 und in Balbert 9. Die Kasse war von den Herren Krugmann und Ademann geprüft und in Ordnung gefunden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Beitragsprämie ist im vergangenen Jahre von 1 Prozent auf 1 1/2 Prozent erhöht worden. Die nächste Pferdeversicherung soll am 7. und 8. März stattfinden. Für das kommende Jahr wurden die Herren Wilhelm Brüggemann, Felderhof und Otto Schulte, Tarenbrink als Kassierprüfer gewählt. Die ausstehenden Vorstandsmisglieder wurden wiedergewählt. Die Stuten- und Ziegenversicherung wurde auf Antrag auf den Halbjahresbeitrag für die Stute und auf 15 RM. für dreimonatliche Ziegenversicherung festgelegt.

Die Ortsgruppe Meinerzhagen der NSDAP. hatte die Betriebsführer und Amtswalter in das Hotel „Westfälischer Hof“ eingeladen. Ortsobmann Böller begrüßte die Erschienenen und warf einen Rückblick auf die Arbeit im vergangenen Jahre. Dann befragte man die Durchführung einer gemeinsamen Verpaße. 13 mittlere und kleinere Betriebe von Meinerzhagen sind bereit, sich an einer solchen Verpaße, die in der Turnhalle steigen soll, zu beteiligen. Die Vorarbeiten zur Verwirklichung des Planes werden in Angriff genommen. Der Reichsbewerbswettkampf war Gegenstand einer weiteren Ansprache. Ein Ehrenauschuss wurde berufen. Ortsobmann Böller gab einige Rundschreiben bekannt. Pq. Jakob sprach über Beiträge zur Deutschen Arbeitsfront, über Beitragshebeln und über die Erfordernisse bei Stellung eines Unterfütungsantrages.

Tribüne ungenügend gestützt

Der Prozeß um das Sommerfester Einsturzungslied.

Bonn. Am Donnerstag wurde der Prozeß wegen des Tribüneneinsturzes anlässlich der Feldparade in Sommerfester vor der Bonner Großen Straßammer fortgesetzt. Zunächst äußerte sich als Zeuge der damalige Adjutant bei der Kommandantur in Bonn, Oberleutnant M a t e r n. Er führte u. a. aus, daß bei mehreren Besprechungen, in denen der Angeklagte Stiel befragt worden sei, ob die Tribünen in Bonn und Sommerfester auch unabhängig voneinander gebaut würden, dies von ihm bejaht worden sei. Während des Vorbeimarsches der Truppen habe die Tribüne beim gemeinsamen Aufsteigen und Hinsetzen geschnitten. Die dann folgende Vernehmung des Bauingenieurs H o b u s c h führte zu lebhaften Erörterungen. Der Zeuge Hobusch, der die Tribünenzeichnung und die statische Berechnung entworfen hat, betonte, daß eine nach seinen Zeichnungen gebaute Tribüne unbedingt standfest gewesen sei. Aber auch die Abweichungen, die bei den Sommerfester Tribünen vorgenommen worden seien, seien unwesentlich. Hierdurch sei keine Unsicherheit hervorgerufen worden. — Die Darlegung des Zeugen gab dem Vorsitzenden Veranlassung zu der Bemerkung, daß es danach wohl kaum eine Holztribüne gäbe, die einsturzgefährlich sei. Der Zeuge Hobusch betonte noch, auch die von dem Mitangeklagten Raths vorgenommenen Beanstandungen seien ganz unwesentlich gewesen. Eine Verhinderung des Einsturzes sei durch ihre Befolgung auch nicht möglich gewesen. — Bezirksinnungsmeister Cyliar (Köln) stellte dem Angeklagten Stiel ein günstiges Zeugnis aus. Stiel sei ein sehr geschickter Geschäftsmann, der sich gewiß in Halle Bonn und Sommerfester übernommen habe. Der Abbruch der Tribünen in Bonn und der Aufbau in Sommerfester sei sehr schnell in Tag- und Nachtschicht durchgeführt worden, worunter die Güte der Arbeit habe leiden müssen. — Oberleutnant Deutsch hatte als Pionieroffizier die Planung des Paradesfeldes in Sommerfester durchzuführen. Der Zeuge gab u. a. an, daß er sich seinerzeit gewundert habe, daß Stiel Mangel an Nägeln hatte. Der Zeuge hatte

nach dem Einsturz den Befehl erhalten, die Trümmer fortzuräumen und dabei genau auf die eventuelle Ursache des Unglücks sein Augenmerk gerichtet. Er habe eine geringe Qualität des Holzes festgestellt. Man habe morsche Balken und ungleiche Holzstücke vorgefunden. Ein solches Holz würde ein Pionier bei einer so stark belasteten Tribüne niemals verwendet haben. — Hauptmann Jacobi hatte am Tage vor der Parade mit Oberleutnant Bessel das Paradesfeld besichtigt. Bei dem Tribünenbau sei ihm die geringe Zahl der Querversteifungen und die mangelhafte Stützung der Pfosten auf dem Boden aufgefallen. Man habe von diesen Bemängelungen sofort Major Hunsard Mitteilung gemacht, der sich darauf auch mit einem Herrn der Bauleitung in Verbindung gesetzt habe. — Der nächste Zeuge, Baurat V. Schum aus Leverkusen, der selbst Tribünenbesucher war, gab als Ursache des Einsturzes Überlastung der rechten Seite der Stehtribüne durch die dicht gedrängten Zuschauer an.

Der Zeuge Krußmann, Ingenieur und Eisenkonstrukteur, bemängelte den ungenügenden Schutz der Tribüne gegen Längsschäden und hält die Bodenverfüllung durch die vorbeimarschierenden Kolonnen für eine Mitursache des Zusammenbruchs. — Der Zeuge Ernst Stahl, Architekt in Düsseldorf, hält ebenfalls die Verstrebungen als unzureichend.

In der Nachmittagsitzung wurden zunächst als Zeugen die Brüder des Angeklagten Stiel, Josef und Heinrich Stiel vernommen. Allgemeine Heiterkeit rief es hervor, als der Zeuge Josef Stiel das Hin- und Herschwanzen des Publikums als Ursache des Einsturzungsliedes bezeichnete. Der Zeuge Heinrich Stiel, der die Aufsicht über die Arbeit der am Bau mitwirkenden Pioniere hatte, gab an, sich nicht für den Bau verantwortlich gefühlt zu haben. Die Aussage der übrigen acht Zeugen ergab nichts Wesentliches. Sie glaubten, daß mehr oder weniger gute Arbeit beim Tribünenbau geleistet worden sei. Jeder habe in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sein Möglichstes getan.



Der Führer sprach zum Reichstag und zur Welt.

Der Sonntag fand im Zeichen der großen Rede Adolf Hitlers vor dem Deutschen Reichstag, die über zahllose ausländische Sender übertragen wurde. Man sieht hier den Führer während seiner Rede. Hinter ihm auf dem Präsidentenstuhl Reichstagspräsident Generalfeldmarschall Göring. (Scherl-Bilderdienst-M.)



Der Führer und seine Mitarbeiter im Reichstag.

Von rechts in der ersten Reihe: der Führer und die Reichsminister Heß, von Ribbentrop, Frits, Goebbels, von Neurath, von Scherwin-Kossig; zweite Reihe: die Reichsminister Junt, Görtner, Rust, Kerrl, Selbte, Frant, Dörpmüller; dritte Reihe: Oberbefehlshaber des Heeres General der Artillerie von Brauchitsch, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht General der Artillerie Keitel, die Staatsminister Meißner, Popitz, Generalinspektor Dr. Lohd, die Staatssekretäre von Madensen und Bündtner. (Scherl-Bilderdienst-M.)

Die Steuerfälle im John-Prozeß

Die Sachverständigen zum Fall Parthotel.

Koblenz. Das Gericht hörte noch einige von dem Verteidiger des Angeklagten Marmann geladene Zeugen, die jedoch wenig von Belang ausagten. Sodann wurden zum Fall Bies (Parthotel) die Sachverständigen gehört. Regierungs- und Kassenrat Ludwig wies darauf hin, daß die Gemeinde nicht unbedingt verpflichtet gewesen sei, dem Vorgehen des Staates bei Steuerniederschlagung zu folgen. Der Sachverständige Katasterdirektor Kiefer erläuterte diese Feststellung noch dahingehend, daß ein Unterschied zwischen Erlaß und Niederschlagung von Steuern zu machen sei. Bei Niederschlagung von Staatssteuern habe die Gemeinde nicht unbedingt folgen müssen (hier sei es dem Ermessen der Gemeinde anheimgestellt), wenn aber der Staat die Steuern vollkommen erlasse, sei die Gemeinde gezwungen, sich diesem Vorgehen hinsichtlich der gemeindlichen Steuern anzuschließen.

Da nun im Fall des Parthotels eine Niederschlagung vorliege, komme es auf den gemeindlichen Beschluß in der Sitzung vom 13. Oktober 1932 an. Die Frage des Staatsanwalts, ob der Angeklagte Marmann berechtigt gewesen sei, in der von dem Steuerbeamten Michel unterschriebenen Bescheinigung das Wort Hauszinssteuer in Staatssteuer umzuwandeln, bejaht der Sachverständige deshalb mit der Einschränkung, daß dann aber Voraussetzung sein müsse, daß in dieser Sitzung ausdrücklich von den Staatssteuern (also Hauszinssteuer plus Grundvermögensteuer) die Rede gewesen sein müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden bestätigte der Sachverständige Kiefer, daß es eine Torheit der Gemeinde sei, die Gemeindegrenzen

steuer niederzuschlagen, wenn der Staat als Äquivalent beispielsweise bei den schwer notleidenden Hotels nur die Hauszinssteuer erlasse und keine Niederschlagung der Grundvermögensteuer vornehme. Im übrigen verwarf sich Katasterdirektor Kiefer gegen die Behauptungen der Verteidigung, daß er nicht die nötigen Fähigkeiten zur Funktion als Sachverständiger besitze. Er führte an, daß er, wie der Staatsanwalt bereits sehr richtig entgegnet habe, fünf Jahre lang im Kreis Ahrweiler sehr große Hotels steuerlich zu bearbeiten gehabt habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung trat das Gericht in die Behandlung des Steuerfalles Heinen (Bahnhofshotel Koblenz) ein. John, der hier Hauptschuldiger ist, gibt zu, daß er an den Hotelier Heinen herangetreten ist und von ihm 300 Mark gefordert und bekommen hat. Aus einem alten Hotelbuch hatte Heinen noch 3256 RM. rückständige Bier- und Getränkesteuer zu bezahlen, für deren Niederschlagung John sorgen wollte. John muß aber weiter zugeben, daß in einer gemeindlichen Besprechung im November 1934 diese Steuern für eine ganze Reihe Hotels, einschließlich des Bahnhofshotels, ohne sein Zutun niedergeschlagen wurden, so daß er die 300 RM. bekommen hätte, ohne einen Finger zu rühren.

Demgegenüber bekundeten die Zeugen Heinen und dessen steuerlicher Berater Dr. Ahnroth, daß John ihnen dauernd den Vollziehungsbeamten auf den Hals geschickt habe. Um John etwas freundlich gestimmt zu machen, hätten sie seiner Bitte, ihm für „einen notleidenden Kollegen“ 300 Mark zu geben, entsprochen. Vor allem aber habe John

sich bereit erklärt, für ihre Grund- und Gebäudesteuern etwas zu tun und diese bis zur Erledigung des einzureichenden Antrages ruhen zu lassen. Ferner habe er ihnen den freien Steuerberater (heutigen Angeklagten) Schmidt empfohlen, den sie aber wegen der Honorarfrage nicht hinzugezogen hätten. John bleibt bei seiner Aussage und erklärt, die Stundung der Steuern bis zur Antrags-erledigung würde er jedem Steuerschuldner genau so gewährt haben; sie habe im Bereich seiner Befugnisse gelegen. Die Zeugen Heinen und Dr. Ahnroth bleiben wegen Verdachts der Mitbeteiligung unvereidigt. — Nächster Verhandlungstag: Seite 9.

Zum zweiten Male Silberne Hochzeit. Haderbornwald. Zum zweiten Male 25 Jahre verehelicht zu sein, kann sich Frau Johann Bezz-

jatti, Emma geb. Hager, Haderbornwald, Friedrichstraße 11, rühmen. Aus ihren zwei Ehen gingen 32 Enkel und 11 Urenkel hervor.

Hauptgeschäftsführer Alex Laumer. Stellvertreter: Werner Bell. Verantwortlich für Politik, Heimatnachrichten und Unterhaltung: Alex Laumer, für Sport Wirtschaft u. den übrigen Teil: Werner Bell. Verlagsleiter u. für die Anzeigen verantwortlich: Werner Bell. Druck und Verlag: Gebr. Bell & Laumer, sämtlich in Halber. D.-A. 1. 38: Allgemeiner Anzeiger Das Sauerland und Länderscheider Tageblatt zus. über 3400. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 4 gültig.

Die Einwurfe der Haushalts-lagungen d r Gesamtschulverbände D r r l r g a e und G l r t e d f r das Rechnungsjahr 1938 liegen vom 21. d s. M s. ab zw i Wochen lang im Amtshause in Halber, Zimmer Nr. 6, öffentlich aus.

Halber, den 13. Februar 1938.

Der Verbandsvorsitzer.

Ein tüchtiges

Hausmädchen

für den 1. März g e s u c h t. Tel. 391 Halber.

Mehrere

Kunstharz-Presser

zum sofortigen Eintritt sucht Otto Bachhaus, Postwerk i. W.

Tüchtiger

Werkzeugschlosser

g e s u c h t

Alfred Nückel, Oberdränge-Eyringhausen

D a n k s a g u n g.

Für die erwiesene herzliche Teilnahme bei dem Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen wir hiermit allen unseren innigsten Dank.

Frau Wwe. Wilh. Born und Kinder.

Stichterweide b. Halber, den 21. Februar 1938.

D a n k s a g u n g.

Für das mitfühlende Gedenken beim Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besondere die li bevoilen Worte des Herrn Pfarrer Stummel waren uns ein Trost in den schweren Tagen.

Geschwister Siebert.

Ehringhausen, Im Februar 1938.

Luftschutz tut not!

Neubaufinanzierung

Wir gewähren Darlehen auf

I. Hypothek bis 50%

II. Hypothek (mit Reichsbürgschaft) bis zu 75% des von uns ermittelten Wertes.

Nähere Auskunft durch die

Städtische Sparkasse Lüdanscheid.

Ortsbauernschaft Halber.

Am Mittwoch, dem 23. Februar, 1938 16 Uhr, findet im Haus zur Fuhr eine

Versammlung

statt.

Es sprechen:

Dr. Feldmann, Münster, über Bodenfruchtungsgefeß, Dr. Schelling u. Dr. Gutenberg üs. Erzeugungsrichtsicht.

Um rege Beteiligung bitten

die Ortsbauernführer.

Schäferhund

(1 Jahr alt) billig zu verkaufen.

Lüdanscheid, Tel. 3226



1. Leichte Schrift, für jede Hand
2. Tintenleiter verhindert Kleckse
3. HARO-Glasfeder mit der blauen Kugel

HARO

Glasfeder-Füllhalter

4. Schreibt und zeichnet wie ein Bleistift
5. Billiger Preis, von 2.70 bis 3.60 RM
6. Große Durchschreibkraft. Original in Halle

3 Jahre Garantie
Wilh. Bell jr., Halber.